66. Jahrgang. № 60. Sonnabend, 4. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugspläge laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Brandmarkung der Reichsgewerkschaft.

Dringliche Aufforderung der Gewerkschaften zur Aufnahme der Arbeit.

Weites Entgegenkommen der Reichsregierung.

Berlin, 3. Febr. Heute nachmittag empfing der Reichskanzler die Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen, mit denen in Anwesenheit der beteiligten Ressortchefs eine Aussprache über die Streiklage stattfand. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spitzenverbände einen Aufruf zur Beendigung des Streiks erlassen. Im Anschlusse an diese Besprechung wurde im Beisein von Vertretern der Gewerkschaften der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes empfangen. Der Reichskanzler sagte zu, daß die Erörterungen mit den Spitzenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbesoldung alsbald fortgesetzt werden sollen.

Der Aufruf der Gewerkschaften

lautet folgendermaßen:

An die Beamten, Arbeiter und Angestellten!

Unter völliger Nichtachtung der Anerkennung gewerkschaftlicher Grundsätze hat die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter anläßlich einer noch im Gange befindlichen Lohnverhandlung durch Aufforderung zum Streik den Eisenbahnverkehr — auch den für die Ernährung des Volkes nötigen — lahmgelegt. Obwohl gerade die werktätige Bevölkerung unter den Folgen am schwersten zu leiden hat und die Besoldungsordnung der Beamten mit den zurzeit stattfindenden Verhandlungen über die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Staatsbetriebe im engsten Zusammenhang steht, hat es die Reichsgewerkschaft absichtlich unterlassen, dem Wunsche der übrigen betroffenen Gewerkschaften nach einem

gemeinsamen Vorgehen

nachzukommen. Dieselbe Reichsgewerkschaft, die jetzt Hilfe von den Arbeitern und Angestellten fordert, hat auch diesmal ihre Sonderbestrebungen den gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer übergeordnet.

Es ist unerträglich, wenn eine einzelne undisziplinierte Gruppe in solch unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal der gesamten Bevölkerung spielt.

Dieser Lohnstreik einer Beamtengruppe muß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer, besonders in den Großstädten aufs verhängnisvollste gefährden. Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik jetzt — drei Wochen vor der Konferenz in Genua — auf die Außenpolitik Deutschlands ein.

Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Beamten, Arbeitern und Angestellten, wie gegenüber dem gesamten Volke legt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenso ihrer schweren Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet.

Die für diesen besonderen Streikfall der Reichsbahnbeamten erlassene

Verordnung des Reichspräsidenten

wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos. Die unterzeichneten Spitzengewerkschaften haben bei ihren Verhandlungen mit der Reichsregierung von dem folgenden

Stand der Besoldungsfrage

Kenntnis genommen: Die Reichsregierung hat gemäß ihrer bei der Verabschiedung der letzten Besoldungsvorlage gemachten Zusage bereits am 25. Januar d. J., also vor Ausbruch des Streiks, die Frage der Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Anlehnung an die den Arbeitern bewilligten Ueberteuerungszuschüsse mit dem Ver-Ausschuß des Reichstags eingehend geprüft.

Das Reichskabinett hat bald darauf den Gesetzentwurf, welcher die für die Gewährung der Wirtschaftsbeihilfen nötigen Mittel bereit stellen soll, genehmigt, sowie die erforderlichen Maßnahmen für eine beschleunigte Verabschiedung der Vorlage durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und für eine möglichst baldige Ausführung der Zahlungen getroffen. Auch hat die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Spitzenverbänden, die Beamte vertreten, in Erörterungen über

die weiteren grundsätzlichen Besoldungsfragen

und sonstigen Wünsche der Beamten einzutreten. Die Reichsregierung erklärte ferner ausdrücklich, daß alle Gerüchte und Behauptungen über eine beabsichtigte Beschränkung des verfassungsmäßigen Koalitionsrechts durchaus unbegründet sind. Damit ist die Berücksichtigung der berechtigten Beamtenforderungen und der Schutz des Koalitionsrechtes aller Arbeitnehmer gesichert. Wir erwarten von der organisierten Arbeitnehmerschaft, daß sie sich ausschließlich an die Weisungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (gez.) Leipart.
Deutscher Gewerkschaftsbund (gez.) Baltrusch.
Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (gez.) Hartmann, Schneider.
Allgemeiner freier Angestelltenbund (gez.) Aufhäuser, Süß.

Ausdrückliche Streikablehnung des A. D. B.

Berlin, 3. Febr. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat heute durch seine Berufsvertretung dem Reichskanzler die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß er den Streik ablehne und das Vorgehen der Reichsgewerkschaft mißbillige. (W. T. B.)

Die Kasseler freie Gewerkschaft gegen den Streik.

Berlin, 3. Febr. In Kassel haben die Mitglieder der freien Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, in der im wesentlichen die Eisenbahnarbeiter organisiert sind, sich nach sehr erregter Debatte gegen den von der Reichsgewerkschaft ausgerufenen wilden Streik ausgesprochen. Reichswehr ist nirgends eingesetzt worden. (W. T. B.)

Allgemeine Verschärfung der Streiklage.

Ueber 200 000 Ausständige im Reiche.

Berlin, 3. Febr. Im Bezirke der Eisenbahndirektion Berlin hat sich die Streiklage dadurch verschärft, daß fast die gesamten Weichensteller und Aufsichtsbeamten der großen Rangier- und Güterbahnhöfe, sowie die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Arbeiter sich dem Streik angeschlossen haben. Es streiken zurzeit rund 98 Prozent des Lokomotiv- und Zugbegleitpersonals, 80 Prozent der Weichensteller, etwa 20 bis 30 Prozent der Eisenbahnassistenten und Eisenbahnsekretäre und nahezu geschlossen alle dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Arbeiter. Trotz weiteren Einsetzens der Technischen Nothilfe liegt der Güterverkehr ganz darnieder, auch die Aufrechterhaltung des übrigen lebenswichtigen Güterverkehrs ist stark in Frage gestellt. Die Stadt Berlin hat sich daher entschlossen, den Milchverkehr selbst in die Hand zu nehmen. Sie will die Milchvorräte von auswärts durch Lastautomobile heranbringen. Heute morgen sind noch einige Milchzüge nach Berlin hereingekommen. Die Reichsgewerkschaft wendet sich lebhaft gegen

die Beschlagnahme der Gelder ihrer einzelnen Fach-Gewerkschaften

durch das Berliner Polizeipräsidium. Sie erklärt, daß die beschlagnahmten Gelder keineswegs Streikfonds seien, sondern daß es sich um die Vermögen der einzelnen Fachgewerkschaften handle, die zur Unterstützung vertriebener Beamten usw. dienten und die unter staatlicher Aufsicht ständen. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, diese Gelder zu Streikzwecken zu verwenden. Die Reichsgewerkschaft beabsichtigt, den Berliner Polizeipräsidenten für die Beschlagnahme der Gelder haftbar zu machen, und durch eine gerichtliche Klarstellung darzutun, daß der Zugriff der Behörde ungerechtfertigt sei. Auch von anderer Seite wird gegen die Beschlagnahme protestiert. So hat die Behörde auch das Vermögen der Reichspostgewerkschaft beschlagnahmt, weil die Gewerkschaft eine Erklärung abgegeben hatte, den Streik der Reichsgewerkschaft finanziell zu unterstützen.

Sämtliche Groß-Berliner Eisenbahnwerkstätten liegen still. Die Zahl der ausständigen Eisenbahner in Groß-Berlin wird auf über 50 000 angegeben, und zwar befinden sich darunter nahezu 4000 Lokomotivführer und andere Maschinenbedienstete, die hier ihren Wohnsitz haben. Die Zahl der Ausständigen im ganzen Reiche wird auf über 200 000 geschätzt.

Die Lage am Abend des zweiten Streiktags.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Febr. Nach dem vom Reichsverkehrsministerium heute abend ausgegebenen Bericht ist die Lage im allgemeinen unverändert. In Süddeutschland ist keine Neigung zum Streiken vorhanden, in Norddeutschland hat sich der Streik an einzelnen Stellen ausgedehnt. Im Bezirk Hannover streiken dagegen beispielsweise nur rund 10 Prozent des Personals. Die Technische Nothilfe wird in verstärktem Maße eingesetzt. Das Einsetzen geht langsam und vorsichtig vor sich, da aus den vom Streik freien Gebieten Nothilfe herangezogen werden soll, wie dies in gleicher Weise mit dem Personal beabsichtigt ist. Für den Bezirk der Zweigstelle Preußen-Hessen, für Oldenburg und Dresden ist angeordnet worden, daß nicht handwerksmäßig ausgebildete Heizer, wie dies auch im Kriege vielfach geschehen ist, als Lokomotivführer verwendet werden. Den so Verwendeten wird bei Bewährung ihre Ueberführung in die Lokomotivführerlaufbahn durch besonderen Erlaß des Reichsverkehrsministers in Aussicht gestellt.

Kein Einsatz der Reichswehr.

Berlin, 3. Febr. Wie aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, ist entgegen kommunistischen Tendenzmeldungen Reichswehr zum Einschreiten gegen Sabotage treibende Eisenbahner oder zum Schutze der Bahnanlagen nirgends eingesetzt worden.

Sabotageakte.

Frankfurt a. M., 3. Febr. Im hiesigen Eisenbahndirektionsbezirk werden die Notarbeiten dadurch erschwert, daß Lokomotivteile verschleppt, Wasserschläuche zerschnitten und noch andere Sabotageakte verübt worden sind.

Jena, 3. Febr. In Thüringen ist die Lage im Eisenbahnerstreik so, daß die Eisenbahndirektion mit Hilfe von ehemaligen Feldeisenbahnern und der Technischen Nothilfe einen Notverkehr eingerichtet hat. Sie war bereits in der Lage, hierzu einen Fahrplan herauszugeben. Der Streik hat aber in Erfurt heute abend plötzlich dadurch eine Verschärfung erfahren, indem die Streikenden die Leitungen durchschnitten haben. Eisenbahndirektion und Bahnhof sind völlig in Dunkel gehüllt.

Zwangsanleihe und Wirtschaft.

Zwangsanleihen sind von jeher ein sehr bedenkliches Mittel staatlicher Finanzpolitik gewesen; denn sie bedeuten nicht nur das Eingeständnis der Kreditunwürdigkeit des Staates, die bei unseren unmöglichen außenpolitischen Verpflichtungen allerdings nicht verwunderlich ist, anderseits aber entziehen sie der Volkswirtschaft Vermögensbestände, die für den Produktionsprozeß dringend gebraucht werden, und erschweren den Kreditmarkt für Handel und Industrie. Die Zwangsanleihe wird für uns um so bedenklicher, weil sie einerseits für ihren Zweck der Finanzierung der Sachleistungen an die Entente bei weitem nicht ausreicht, weil neben ihr die konfiskatorisch wirkende Vermögenssteuer mit ihren enormen Zuschlägen anerkanntermaßen schon an der Substanz des Vermögens zehrt und schließlich die neben der Zwangsanleihe von der Regierung geplante freiwillige Anleihe doch recht trübe Aussichten haben muß. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen alle bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht, wie die Deutschnationale Volkspartei, den Plan grundsätzlich ablehnen, auf die Gefahren dieser Maßnahme eindringlich hingewiesen haben. Und wenn Dr. Wirth in seiner Reichstagsrede klar betont hat, daß die Zwangsanleihe auf keinen Fall wiederholt werden kann, so ist das eine Selbstverständlichkeit, die niemand, außer den Sozialisten, bestreiten kann. Der „Vorwärts" aber glaubte sofort mit einer Verbeugung nach den mit einemmal wieder sehr spröden Unabhängigen bemerken zu müssen, daß mit der Zwangsanleihe „einer Entwicklung ein Weg gebrochen sei, die damit keineswegs als abgeschlossen angesehen werden könne". Bei dem großen sozialistischen Einfluß auf die Regierung Wirth gewiß eine sehr gefährliche Aeußerung.

Will man sich von dem Umfang des neuen Eingriffes in die Vermögenssubstanz einen Begriff machen, so braucht man nur daran zu denken, daß das Reichsnotopfer mit 35 Milliarden veranschlagt ist, von denen etwa 20 Milliarden bereits eingezahlt sind. Die Zwangsanleihe dagegen soll eine Goldmilliarde bringen, eine Festsetzung, die ihren Ertrag je nach dem noch zu bestimmenden Stichtage noch schwankend macht. Nimmt man den in der Debatte bereits aufgetauchten Tag der Absendung des Reparationsplanes als Stichtag — denn ein noch in der Zukunft liegender Termin muß der Devisenspekulation Tor und Tür öffnen —, dann kann man mit einem Einnahmesoll von etwa 50 Milliarden Papiermark rechnen, nicht ganz dem anderthalbfachen Betrag des Notopfers, das bereits in seinen höchsten Sätzen bis zu 65 Prozent des Vermögens geht. Wie dabei noch eine Steigerung möglich sein soll, ist auch dann noch unklar, wenn man zugibt, daß die Kapitalsbildung infolge der inzwischen eingetretenen Geldentwertung sich vermehrt hat. Klarheit über die Zwangsanleihe hat heute noch niemand, weder über die Art ihrer Erhebung, noch ihrer Veranlagung. Eine völlig neue Veranlagung, wie sie eine gerechte Heranziehung aller Anleihepflichtigen eigentlich notwendig macht, ist heute wegen der Ueberlastung der Finanzämter nicht möglich. Da man anderseits nicht bis zur Veranlagung der neuen Vermögenssteuer warten kann, für die der 31. Dezember 1922 vorgesehen ist, der Anleihe-Ertrag aber schon der Finanzierung von Reparationsleistungen im Jahre 1922 dienstbar gemacht werden soll, ist man auf den Gedanken gekommen, die Veranlagung nur zum Teil auf Grund der kommenden Vermögenssteuer zu berechnen, im übrigen aber auf die natürlich völlig veraltete Veranlagung zum Reichsnotopfer vom 31. Dezember 1919 zurückzugreifen. Was man sich unter dieser Teilung vorstellen soll, dürfte allerdings auch den Regierungsparteien recht nebelhaft erscheinen. Unklar, wie alles an diesem ganzen Plan, ist es auch, von welchem Vermögensjahr an die Anleihepflicht beginnen soll. Wenn sie nach einer Information des „Berliner Tageblattes" bereits bei 100 000 Mark einsetzt, so dürfte das dem augenblicklichen Stand der Mark, nach dem man eine derartige Summe wohl kaum als ein Vermögen betrachten kann, keineswegs entsprechen, während ein nach anderer Version anzunehmender Satz von einer Million wohl zu hoch gegriffen ist.

Was kann man nun mit der Zwangsanleihe erreichen? Sie soll, wie schon angedeutet, vor allem der Bezahlung der in diesem Jahre zu leistenden Sachlieferungen dienen, die, wenn nicht nach dem deutschen Angebot weiterer Umwandlung von Barzahlungen in Sachleistungen sogar noch eine Erhöhung eintritt, etwa 1500 Goldmillionen betragen sollen. Zu diesen kosten treten einmal die Frachtsätze, mindestens bis St. Quentin, mit etwa 10 Prozent des Wertes, die ausländischen Einfuhrzölle mit ebenfalls etwa 10 Prozent und die als Reparation festgesetzte 26prozentige Ausfuhrabgabe, die auch von der der Reparation dienenden Sachausfuhr erhoben werden soll. Die Sachleistungen würden uns also ganz abgesehen von der durchaus nicht festgesetzten Wertbemessung durch die Entente, die vermutlich niedriger als unsere sein wird, mindestens 2,1 Goldmilliarden kosten, denen gegenüber die eine Goldmilliarde der Zwangsanleihe nur etwa die Hälfte bedeuten würde. In dieser Rechnung sind außerdem die Aufwendungen nicht berücksichtigt, die Deutschland zur Beschaffung der zum Rohstoffbezug für die Sachleistungen notwendigen ausländischen Devisen machen muß, da die Industrie im Gegensatz zu der übrigen Ausfuhr für ihre Lieferungen keine fremden Devisen erhält. Ob unter diesen Umständen überhaupt eine ratenweise Einzahlung der Zwangsanleihe möglich sein wird, hängt davon ab, ob die Reichsregierung neben den noch zu deckenden Riesenausgaben für Sachleistungen und vermutlich auch Barleistungen für den dann noch restierenden Betrag der Zwangsanleihe eine Anleihe bei der Reichsbank, das heißt eine Neuauflage von Noten vornehmen kann. Auf jeden Fall aber wird sich die Einzahlung so abspielen, daß das